

17.09.2013

## Antrag

**der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP**

### **Keine faulen Deals zu Lasten des Industriestandortes – Landesregierung muss Bürgschaft für newPark gewähren!**

Am 10. September 2013 hat die Landesregierung nach über zweijähriger Prüfung entschieden, die für den Kauf des newPark-Areals notwendige Landesbürgschaft zu verweigern. Mit dieser Entscheidung trägt die Landesregierung die Verantwortung für das endgültige Scheitern des Projektes „newPark“, mit dem in der Emscher-Lippe-Region die Hoffnung auf bis zu 10.000 neue Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe verbunden waren.

Ministerpräsidentin Hannelore Kraft sprach sich in der Vergangenheit wiederholt für newPark aus: *„Auch große Industrieprojekte müssen in NRW weiter möglich sein. Daher soll unter anderem die Fläche Datteln/Waltrop nach dem Entwurf des Landesentwicklungsplans als Standort für flächenintensive Großvorhaben gesichert werden. [...] Die Landesregierung unterstützt das Projekt durch Flächensicherung.“* (Wirtschaftsspiegel der IHK Nord Westfalen 11/2011).

Noch im Juli hatte die Landesregierung in ihrem Entwurf für einen neuen Landesentwicklungsplan den newPark als Standort für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben aufgenommen und im Wirtschaftsausschuss bekräftigt, dass man keineswegs das Aus des Projektes plane. Umso überraschender kommt nun das finale Aus.

Die Landesregierung begründet die Ablehnung der Landesbürgschaft mit einem angeblich zu hohen Ausfallrisiko. Mit der Bürgschaft über 17,5 Mio. Euro soll der an RWE zu zahlende Kaufpreis abgesichert werden. RWE hat das Areal für 3,02 Euro/m<sup>2</sup> angeboten. Sollte der newPark nicht realisiert werden, könnte das Areal derzeit für 7 bis 10 Euro/m<sup>2</sup> als landwirtschaftliche Nutzfläche veräußert werden. Das von der Landesregierung behauptete Ausfallrisiko ist somit äußerst gering. Die Argumente der Landesregierung stehen zudem im krassen Widerspruch zu den Aussagen der mit Unterstützung des Landes erstellten unabhängigen Prognos-Analyse zu newPark. Da die Grünen newPark konsequent ablehnen,

Datum des Originals: 17.09.2013/Ausgegeben: 17.09.2013

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

steht vielmehr zu vermuten, dass die SPD den newPark und damit die Zukunftsperspektive einer ganzen Region für die Zustimmung der Grünen zu einem faulen Deal zu Lasten der Emscher-Lippe Region opfern wollte.

Bei den SPD-Vertretern in der betroffenen Region führt dieser Vorgang berechtigterweise zu großer Empörung. Von einer „klaren Fehlentscheidung“ sprach etwa der Landrat des Kreises Recklinghausen, Cay Süberkrüb (SPD). Das Land habe mit seinem Nein zur Bürgerschaft „eine einmalige Chance vertan.“ (Westfälische Nachrichten, 12.9.2013).

### **Der Landtag beschließt:**

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, ihren Widerstand gegen den newPark aufzugeben und die für den Kauf des Areals von der RWE AG notwendige Landesbürgerschaft zu erteilen.

Karl-Josef Laumann  
Lutz Lienenkämper  
Hendrik Wüst  
Josef Hovenjürgen

und Fraktion

Christian Lindner  
Christof Rasche  
Ralf Witzel  
Dietmar Brockes  
Holger Ellerbrock  
Ralph Bombis  
Thomas Nüchel  
Henning Höne

und Fraktion